

Bekanntmachung UVgO: Rahmenvereinbarung zur Durchführung juristischer Workshops mit Schwerpunkt Arbeitsrecht und TVöD-Bund

Vergabenummer	2026_148
Bezeichnung	Rahmenvereinbarung zur Durchführung juristischer Workshops mit Schwerpunkt Arbeitsrecht und TVöD-Bund
Art der Vergabe	Öffentliche Ausschreibung
Vergabe- und Vertragsordnung	UVgO
Art des Auftrags	Dienstleistung

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	CISPA - Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit gGmbH
Kontaktstelle	Abteilung Beschaffungen / Vergabestelle
Postanschrift	Stuhlsatzenhaus 5
Ort	66123 Saarbrücken
Telefon	+49 681870831370
Fax	+49 681870838804
E-Mail	vergaben@cispa.de
URL	https://cispa.de

Bei Vergabe im Namen und für Rechnung

Adresse der den Zuschlag erteilenden Stelle

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Auftragsgegenstand

[Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer](#)

Laufzeit [12 Monat\(e\)](#)

Geschätzter Gesamtwert über die Laufzeit (Netto)

Leistungsbeschreibung

Art der Leistung [Die Leistungsbeschreibung ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.](#)
Umfang der Leistung [Die Leistungsbeschreibung ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.](#)

Erfüllungsorte

Haupterfüllungsort

Bezeichnung [CISPA - Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit gGmbH](#)
Postanschrift [Stuhlsatzenhaus 5](#)
Ort [66123 Saarbrücken](#)

Ausführungsfristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist Die genauen Ausführungsfristen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.
Dauer (ab Auftragsvergabe) 12 Monat(e)

Fristen

Bezeichnung	Datum, ggf. Uhrzeit
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	14.05.2026
Angebotsfrist	19.05.2026 10:00 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	17.07.2026

Wertung

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode Wirtschaftlich günstigstes Angebot gemäß der im Anschreiben oder den Vergabeunterlagen angegebenen Kriterien.

Lose

Etwaige Vorbehalte wegen Teilung in Lose, Umfang der Lose und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

Die Vergabe ist nicht in Lose aufgeteilt.

Nachweise / Bedingungen

Vom Unternehmen einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Angebotsschreiben_633: Die Bieter müssen das Angebotsschreiben_633 zwingend vollständig ausfüllen (und die Preise eintragen) und dem Angebot elektronisch über das Bieterool beifügen.
- Konzeptionelle Idee (schriftliches Konzept bei Angebotsabgabe) als Zuschlagskriterium: Die Bieter haben ihrem Angebot eine konzeptionelle Idee (schriftliches Konzept bei Angebotsabgabe) als Zuschlagskriterium beizufügen.
- Lebenslauf, aus dem die Berufserfahrung des mit der Ausführung des Auftrages betrauten Personals in der Durchführung von juristischen Workshops zum Thema Arbeitsrecht hervorgeht als Zuschlagskriterium.: Die Bieter haben ihrem Angebot einen Lebenslauf, aus dem die Berufserfahrung des mit der Ausführung des Auftrages betrauten Personals in der Durchführung von juristischen Workshops zum Thema Arbeitsrecht hervorgeht, als Zuschlagskriterium beizufügen.
- Preisblatt / Preisblätter: Die Bieter müssen die Preisblätter vollständig ausfüllen und dem Angebot zwingen beifügen (über das Bieterool mit Angebot hochladen). Bei Losvergabe ist das Preisblatt / sind die Preisblätter für jedes Los, auf das geboten wird, auszufüllen.
- Verpflichtungserklärung im Zusammenhang mit der Anwendung von Russland-Sanktionen: Der Bewerber / Bieter hat die Verpflichtungserklärung im Zusammenhang mit der Anwendung von Russland-Sanktionen vollständig auszufüllen und dem Teilnahmeantrag / Angebot hinzuzufügen.

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- Eignungsleihe_Unterauftrag_OPTIONAL.: Sofern der Bieter / Bewerber beabsichtigt, eine Eignungsleihe zu betreiben, muss das Formular Eignungsleihe_Unterauftrag vollständig ausgefüllt mit dem Angebot / der Bewerbung übermittelt werden.
- Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer_OPTIONAL: Sofern der Bieter / Bewerber beabsichtigt, sich einer Unterauftragnehmerschaft zu bedienen, müssen die Formulare "Eignungsleihe_Unterauftrag" und "Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer" sowie die Eigenerklärung des Nachunternehmers vollständig ausgefüllt mit dem Angebot / der Bewerbung übermittelt werden.
- Verpflichtungserklärung_Bewerber-Bietergemeinschaft_OPTIONAL: Sofern der Bieter / Bewerber eine Bewerber- / Bietergemeinschaft eingeht, ist dem Antrag / Angebot zwingend die Verpflichtungserklärung_Bewerber-Bietergemeinschaft, vollständig ausgefüllt, beizufügen.
- Zulassung als Anwalt bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer für das mit der Ausführung des Auftrages betraute Personal: Die Bieter haben Ihrem Angebot einen Nachweis beizufügen, dass das mit

der Ausführung des Auftrages betraute Personal bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer als Anwalt zugelassen ist. Ein aktueller Auszug auf dem einschlägigen Register genügt hier.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Eigenerklärung zur Eignung / alternativ die Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Der Bewerber / Bieter hat die Eigenerklärung zur Eignung ODER ALTERNATIV die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vollständig auszufüllen und dem Teilnahmeantrag / Angebot hinzuzufügen.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Konkretisierte Referenzen über die Durchführung von juristischen Workshops für Öffentliche Arbeitgeber im Bereich Arbeitsrecht: Die Bieter haben Ihrem Angebot konkretisierte Referenzen über die Durchführung von juristischen Workshops für Öffentliche Arbeitgeber im Bereich Arbeitsrecht wie z.B. Betriebsverfassungsgesetz, Kündigungsschutzgesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Sozialgesetzbuch XI und VII, Berufsbildungsgesetz, Mutterschutzgesetz und Bundesurlaubsgesetz in einem separaten Dokument beizufügen
- Konkretisierte Referenzen über Mandatierungen (Vertretungen vor dem Arbeitsgericht) von Öffentlichen Auftraggebern, die dem TVöD unterliegen, in einem separaten Dokument: Die Bieter haben ihrem Angebot konkretisierte Referenzen über Mandatierungen (Vertretungen vor dem Arbeitsgericht) von Öffentlichen Arbeitgebern, die dem TVöD unterliegen, in einem separaten Dokument als Eignungskriterium beizufügen.
- Nachunternehmerschaft_Eigenerklärung zur Eignung des Nachunternehmers_OPTIONAL (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Beabsichtigt der Bieter die Vereinbarung der Nachunternehmerschaft ist VOM NACHUNTERNEHMER die Eigenklärung zur Eignung für Nachunternehmer vollständig auszufüllen und händisch zu unterschreiben. Der Bieter hat diese Eigenerklärung zur Eignung des Nachunternehmers seinem Angebot / seiner Bewerbung hinzuzufügen.

Auflagen zur persönlichen Lage

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung zu überprüfen

Der Bewerber / Bieter hat die Eigenerklärung zur Eignung / alternativ die EEE vollständig auszufüllen und dem Angebot hinzuzufügen.

Optional, falls einschlägig Verpflichtungserklärungen zur Nachunternehmerschaft, Eignungsleihe und Bietergemeinschaft zzgl. Eigenerklärung der Nachunternehmer (optional).

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu überprüfen

Der Bewerber / Bieter hat die Eigenerklärung zur Eignung / alternativ die EEE vollständig auszufüllen und dem Angebot hinzuzufügen.

Optional, falls einschlägig Verpflichtungserklärungen zur Nachunternehmerschaft, Eignungsleihe und Bietergemeinschaft zzgl. Eigenerklärung der Nachunternehmer (optional).

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur technischen Leistungsfähigkeit zu überprüfen

Siehe Formular "Eigenerklärung zur Eignung", alternativ Formular EEE. Eines davon ist vollständig auszufüllen und dem Angebot beizufügen.

Daneben hat der Bieter folgendes einzureichen:

- Konkretisierte Referenzen über Mandatierungen (Vertretungen vor dem Arbeitsgericht) von Öffentlichen Arbeitgebern, die dem TVöD unterliegen, in einem separaten Dokument als Eignungskriterium

- Konkretisierte Referenzen über die Durchführung von juristischen Workshops für Öffentliche Arbeitgeber im Bereich Arbeitsrecht wie z.B. Betriebsverfassungsgesetz, Kündigungsschutzgesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Sozialgesetzbuch XI und VII, Berufsbildungsgesetz, Mutterschutzgesetz und Bundesurlaubsgesetz in einem separaten Dokument als Eignungskriterium

- Nachweis der Zulassung als Anwalt bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer für das mit der Ausführung des Auftrages betraute Personal als Eignungskriterium

- Optional, falls einschlägig Verpflichtungserklärungen zur Nachunternehmerschaft, Eignungsleihe und Bietergemeinschaft zzgl. Eigenerklärung der Nachunternehmer (optional).

Bedingungen für den Auftrag

Geforderte Kautionen und Sicherheiten

Ergänzend zu den besonderen Bedingungen für den Auftrag, hat der Bieter seinem Angebot das vollständig ausgefüllte

Angebotsschreiben_633 und Preisblatt

beizufügen.

Der Bewerber / Bieter hat weiterhin die Verpflichtungserklärung im Zusammenhang mit der Anwendung von Russland-Sanktionen vollständig auszufüllen und dem Teilnahmeantrag / Angebot hinzuzufügen.

Zusätzlich enzureichen sind:

- Konzeptionelle Idee (schriftliches Konzept bei Angebotsabgabe) als Zuschlagskriterium

- Lebenslauf, aus dem die Berufserfahrung des mit der Ausführung des Auftrages betrauten Personals in der Durchführung von juristischen Workshops zum Thema Arbeitsrecht hervorgeht als Zuschlagskriterium.

Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

VOL/B und Besondere Vertragsbedingungen

Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Ja

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift

Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG)

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

Ja

Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Postalischer Versand

Nein

Elektronisch

Ja, mittels Vergabemarktplatz "DTVP"

URL zu den Auftragsunterlagen

<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YHKYTPSP1QFR/documents>

Zusätzliche Angaben über die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und der Zugriffsmöglichkeit auf die Vergabeunterlagen

Angebote

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Beginn der Angebotsöffnung 19.05.2026 10:05 Uhr

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten Angebote Elektronisch in Textform
Elektronisch mit qualifizierter elektronischer Signatur
Elektronisch mit fortgeschrittener elektronischer Signatur

URL zur Abgabe elektronischer Angebote <https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YHKYTPSP1QFR>

Zugriff auf Preisdokumente bis zur manuellen Freigabe während der Angebotsprüfung/-wertung sperren (Zwei-Umschlags-Verfahren) Nein

Eingabemöglichkeiten zu Angebotspreisen für Unternehmen innerhalb des Biertools sperren Ja

Weitere Anforderungen an Angebote

Angebote sind in Form von elektronischen Katalogen einzureichen oder müssen einen elektronischen Katalog enthalten. Nein

Forderung von Proben und Mustern Nein

Besondere Anforderungen zu Unterauftragnehmern

Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei der Angebotsabgabe anzugeben. Nein

Nebenangebote

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Verfahren/Sonstiges

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber Folgende konkretisierte Referenzen sind als Eignungsnachweis zu erbringen:

- Konkretisierte Referenzen über Mandatierungen (Vertretungen vor dem Arbeitsgericht) von Öffentlichen Arbeitgebern, die dem TVöD unterliegen, in einem separaten Dokument

Die Bewerber / Bieter müssen in einem separaten Dokument mindestens 3 Referenzen über die Durchführung von vergleichbaren Leistungen nachweisen und ihrem Angebot hinzufügen.

Als Referenzen werden auch laufende Mandatierungen anerkannt, nicht nur abgeschlossene Aufträge.

Unter Bezugnahme auf die anzugebenden Referenzen wird hiermit festgelegt, dass Referenzen mit der zu vergebenden Leistung nur dann als vergleichbare Referenzen gewertet werden, sofern es sich um Aufträge zur Vertretung von Öffentlichen Arbeitgebern, die dem TVöD unterliegen, vor dem Arbeitsgericht handelt.

Die Referenzen müssen nicht aus den letzten 3 Jahren stammen.

Gleichzeitig sind Kontaktdaten (Anschrift, E-Mail-Adresse und Telefonnummer) des Referenzgebers anzugeben.

Der Bewerber erklärt sich durch Angabe der Referenzen mit einer Nachfrage des Auftraggebers bei den jeweiligen Referenzgebern einverstanden.

Die Referenzen sind auf Anforderung durch eine Bescheinigung des Referenzgebers zu belegen.

Der Auftraggeber behält sich die Überprüfung der Richtigkeit der hier gemachten Angaben vor.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben der Bewerber / Bieter zu den Referenzprojekten durch Kontaktaufnahme mit den jeweils in den Erklärungen benannten Ansprechpartnern zu verifizieren. Ist die Kontaktaufnahme wegen fehlender oder falscher Angaben des Bewerbers nicht möglich, wird der Auftraggeber ggf. die betroffene Referenz von der Bewertung ausschließen. Liegen - insbesondere infolge einer Kontaktaufnahme mit den vom Bewerber benannten Ansprechpartnern - hinreichende Anhaltspunkte dafür vor, dass der Bewerber / Bieter wahrheitswidrige Angaben zu einem oder mehreren Referenzprojekten gemacht oder bei der Durchführung eines benannten Referenzprojekts gegen Vertragspflichten verstoßen hat, wird der Auftraggeber die von den Ansprechpartnern erhaltenen Informationen bewerten und ggf. die betroffene/n Referenz/en von der Bewertung ausschließen. § 124 Abs. 1 Nr. 7 und 8 GWB bleiben unberührt.

Der Auftragnehmer weist vorsorglich daraufhin, dass er die Kontaktdaten der Referenzgeber vertraulich gem. den Anforderungen der VgV, des GWB und der DSGVO behandelt. Kontaktdaten der Referenzgeber sind zwingend anzugeben, ansonsten kann die Referenz nicht gewertet werden.

- Konkretisierte Referenzen über die Durchführung von juristischen Workshops für Öffentliche Arbeitgeber im Bereich Arbeitsrecht wie z.B. Betriebsverfassungsrecht, Kündigungsschutzgesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Sozialgesetzbuch XI und VII, Berufsbildungsgesetz, Mutterschutzgesetz und Bundesurlaubsgesetz in einem separaten Dokument

Die Bewerber / Bieter müssen in einem separaten Dokument mindestens 3 Referenzen über die Durchführung von vergleichbaren Leistungen nachweisen und ihrem Angebot hinzufügen.

Als Referenzen werden auch laufende Mandatierungen anerkannt, nicht nur abgeschlossene Aufträge.

Unter Bezugnahme auf die anzugebenden Referenzen wird hiermit festgelegt, dass Referenzen mit der zu vergebenden Leistung nur dann als vergleichbare Referenzen gewertet werden, sofern es sich um Aufträge zur Durchführung von Workshops für Öffentliche Arbeitgeber im Bereich Arbeitsrecht wie z.B. Betriebsverfassungsrecht, Kündigungsschutzgesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Sozialgesetzbuch XI und VII, Berufsbildungsgesetz, Mutterschutzgesetz und Bundesurlaubsgesetz handelt.

Die Referenzen müssen nicht aus den letzten 3 Jahren stammen.

Gleichzeitig sind Kontaktdaten (Anschrift, E-Mail-Adresse und Telefonnummer) des Referenzgebers anzugeben.

Der Bewerber erklärt sich durch Angabe der Referenzen mit einer Nachfrage des Auftraggebers bei den jeweiligen Referenzgebern einverstanden.

Die Referenzen sind auf Anforderung durch eine Bescheinigung des Referenzgebers zu belegen.

Der Auftraggeber behält sich die Überprüfung der Richtigkeit der hier gemachten Angaben vor.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben der Bewerber / Bieter zu den Referenzprojekten durch Kontaktaufnahme mit den jeweils in den Erklärungen benannten Ansprechpartnern zu verifizieren. Ist die Kontaktaufnahme wegen fehlender oder falscher Angaben des Bewerbers nicht möglich, wird der Auftraggeber ggf. die betroffene Referenz von der Bewertung ausschließen. Liegen - insbesondere infolge einer Kontaktaufnahme mit den vom Bewerber benannten Ansprechpartnern - hinreichende Anhaltspunkte dafür vor, dass der Bewerber / Bieter wahrheitswidrige Angaben zu einem oder mehreren Referenzprojekten gemacht oder bei der Durchführung eines benannten Referenzprojekts gegen Vertragspflichten verstoßen

hat, wird der Auftraggeber die von den Ansprechpartnern erhaltenen Informationen bewerten und ggf. die betroffene/n Referenz/en von der Bewertung ausschließen. § 124 Abs. 1 Nr. 7 und 8 GWB bleiben unberührt.

Der Auftragnehmer weist vorsorglich daraufhin, dass er die Kontaktdaten der Referenzgeber vertraulich gem. den Anforderungen der VgV, des GWB und der DSGVO behandelt. Kontaktdaten der Referenzgeber sind zwingend anzugeben, ansonsten kann die Referenz nicht gewertet werden.

Der öffentliche Auftraggeber ist zur Umsetzung und Anwendung der elektronischen Vergabe gemäß UVgO und VgV verpflichtet. Die Angebotsabgabe / Abgabe des Teilnahmeantrages via E-Mail erfüllt die Anforderungen an die elektronischen Mittel im Vergabeverfahren nicht. Die Abgabe von Angeboten / Teilnahmeanträgen via E-Mail ist insoweit nicht zulässig.

Rechnungsstellung / X-Rechnung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber Rechnungen ausschließlich in elektronischer Form als sog. X-Rechnung zu erteilen (siehe E-Rechnungsverordnung des Bundes (ERechV)). Ausnahmen von der Verpflichtung sind in § 3 Absatz 3 der ERechV geregelt.

Für die Übermittlung von elektronischen Rechnungen kann die OZG-konforme Rechnungseingangsplattform des Bundes (OZG-RE) genutzt werden. Damit die Rechnungen dem CISP korrekt zugeordnet werden können, ist die Angabe unserer Leitweg-Identifikationsnummer "992-80255-64" zwingend erforderlich. Alternativ können Rechnungen im X-Rechnungs-Format an unser Postfach xrechnung@cispa.de gesandt werden. Rechnungen, für die eine Ausnahme gem. § 3 Abs. 3 ERechV gilt, sind im PDF-Format an invoice@cispa.de zu senden. Bitte beachten Sie in jedem Fall die auf unserer Website hinterlegten Anforderungen an die Rechnungsstellung (<https://cispa.de/rechnungsstellung-xrechnung>).

Für Gutschriften gelten vorgenannte Ausführungen analog.